Institut für Konjunkturforschung
Deszyk

Die Preispolitik der kriegführenden Länder . . . . . S. 37 ff.
Die Futtermittelversorgung — ein schwerwiegendes Problem für Englands Ernährungswirtschaft . . . . . S. 44 ff.

SCHRIFTEN DES INSTITUTS FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG

Wochenbericht

HERAUSGEBER: PROF. DR. ERNST WAGEMANN

13. Jahrgang Berlin, den 21. März 1940 Nummer 10/11

Nachdruck und Vervielfältigung sowie schriftliche, telegraphische und telephonische Verbreitung — auch auszugsweise — ohne besondere Genehmigung nicht zulässig

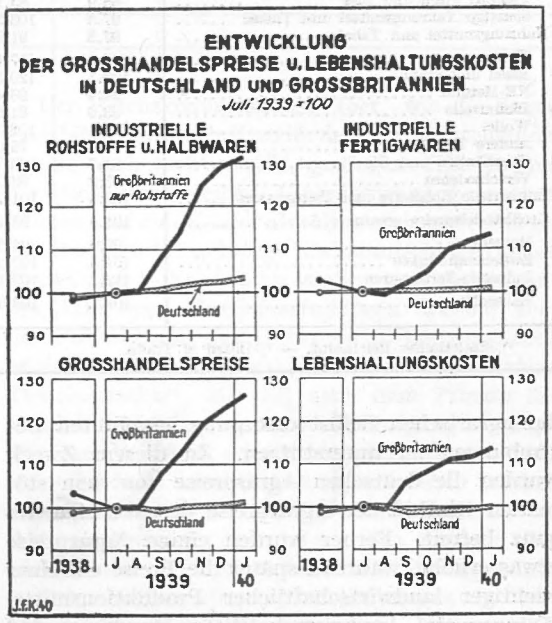
Die Preispolitik der kriegführenden Länder

Wie schon die Erfahrungen des Weltkrieges 1914-1918 gelehrt haben, vermag im Kriege kein Staat ohne regulierende Eingriffe in die Preisbildung auszukommen. Die geringen Erfolge der Preispolitik in England und Frankreich seit Beginn des neuen Krieges zeigen aber, daß eine wirksame Lenkung der Preisbildung zu den schwierigsten Aufgaben einer Wirtschaftsführung gehört und daß die Voraussetzungen hierfür nicht innerhalb weniger Monate geschaffen werden können. Dabei spielt die Frage der Organisation des Überwachungsapparates nicht einmal die ausschlaggebende Rolle. Wichtiger noch ist es, daß die Preislenkung sinnvoll in den Gesamtrahmen der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen eingefügt wird. Mit der Beseitigung der freien Preisbildung wird nämlich der Preis seiner Funktion als Lenker der Produktion weitgehend enthoben; deshalb müssen Organe des Staates (oder auch wirtschaftlicher Selbstverwaltungskörper unter Staatskontrolle) die Aufgabe, Richtung und Umfang der Produktion zu bestimmen, mehr oder weniger übernehmen. Erst die gegenseitige Abstimmung aller staatlichen Eingriffe, die sich auf die Investitionskontrolle, die Rohstoffzuteilung, die Außenhandelslenkung, die Produktionsumstellung sowie die Lohn- und Preispolitik beziehen, macht eine staatliche Preiskontrolle wirksam. In Deutschland waren diese Voraussetzungen bei Kriegsbeginn in hohem Maße gegeben, in England und Frankreich dagegen in keiner Weise; infolgedessen sind die Preise in Deutschland seit Ausbruch des Krieges so gut wie überhaupt nicht gestiegen, während sie in den anderen kriegführenden Staaten trotz Einführung der Preisüberwachung sogar stärker angezogen haben als in den ersten Monaten des Weltkrieges 1914-1918.

Deutschland

Die deutsche Preispolitik bis zum Kriegsbeginn

Bei Kriegsausbruch war in Deutschland bereits ein fast lückenloses System der Preiskontrolle vorhanden. Eine Preislenkung hatte sich als notwendig erwiesen, um die seit 1933 einsetzende Binnenmarktbelebung, die neben anderen Maßnahmen durch eine starke Kreditausweitung herbeigeführt worden war, nicht in eine allgemeine Preissteigerung ausmünden zu lassen.



In den ersten Jahren des Wirtschaftsaufschwungs wurde — vom agrarwirtschaftlichen Sektor mit seiner besonderen Marktorganisation abgesehen — die Preisüberwachung im wesentlichen durch eine Kontrolle der Einfuhr- und der Kartellpreise ausgeübt, die die wichtigsten industriellen Grundstoffe umfaßte. Als mit der Hausse der Weltmarktpreise im Herbst 1936 auch das deutsche Preisgefüge in Bewegung zu geraten drohte, wurde die gesamte Preisüberwachung in der Hand des Reichskommissars für die Preisbildung vereinigt, der im Oktober 1936 die bekannte Preisstopverordnung erließ. Die notwendige Elastizität, die

jedes Preisgefüge nun einmal besitzen muß, wurde durch die Möglichkeit von Ausnahmegenehmigungen gewährleistet; außerdem wurde eine Reihe wichtiger Produktionszweige, die in ihrer Rohstoffbasis ganz oder größtenteils einfuhrabhängig waren, so die gesamte Textilwirtschaft, die Lederwirtschaft, die Kautschukindustrie, die NE-Metallwirtschaft, vom Preisstop ausgenommen und speziellen, auf den betreffenden Wirtschaftszweig zugeschnittenen Preisvorschriften unterworfen.

Daneben ist eine umfassende Regelung der Agrarpreise durchgeführt worden. Sie hatte sich zunächst zum Ziel gesetzt, die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe zu sichern und die auf eine Erhöhung der Agrarerzeugung und damit der agrarischen Selbstversorgung gerichteten Bestrebungen zu unterstützen. Zu diesem Zweck wurden die deutschen Agrarpreise von dem störenden Einfluß der Agrarpreise des Weltmarktes ganz befreit. Ferner wurden einige Agrarpreise etwas erhöht, während später die Preise einzelner wichtiger landwirtschaftlicher Produktionsmittel (Düngemittel, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte usw.) gesenkt werden konnten. All dies hat — neben der Steigerung der Agrarerzeugung — wesentlich dazu beigetragen, daß sich das Einkommen der Landwirtschaft beträchtlich erhöhte. Die Rückwirkungen der der Landwirtschaft zugestandenen Preiserhöhungen auf die Ernährungskosten waren im ganzen gering, besonders da die Handelsspannen wesentlich gesenkt werden konnten. Mit fortschreitender Wirtschaftsbelebung wurde es dann mehr und mehr die Hauptaufgabe der landwirtschaftlichen Marktordnung, eine Erhöhung der Lebensmittelpreise für den Verbraucher zu verhindern. Der durchschlagende Erfolg dieser Preislenkung läßt sich an einigen wenigen Ziffern ablesen. So lagen im Juli 1939

die Lebenshaltungskosten nur um 7,9 v. H.,
die Ernährungskosten nur um 10,0 v. H.

höher als im Juli 1933; das Lohn- und Gehaltseinkommen war dagegen im ersten Halbjahr 1939 fast doppelt so hoch wie im ersten Halbjahr 1933.

Überleitung zur Kriegs-Preispolitik

Der Krieg stellte die deutsche Preispolitik vor keine grundsätzlich neuen Aufgaben. Ihr Ziel blieb es nach wie vor, die Preise möglichst stabil zu halten, Übergewinne, die aus der Knappheit des Warenangebots etwa entstehen konnten, auszuschließen und einen inflationistischen Wettlauf zwischen Preisen und Löhnen unter allen Umständen zu verhindern. Durch die sofortige Einführung eines umfassenden Rationierungssystems für alle lebenswichtigen Güter wurde eine gerechte Verteilung dieser Güter herbeigeführt und der Kampf um die knappe Ware mit Hilfe von Preisüberbietungen unmöglich gemacht.

Durch die kriegswirtschaftlichen Veränderungen sind zwar die Preisauftriebskräfte, mit denen die deutsche Preisüberwachung zu rechnen hat, zweifellos stärker geworden. Die Umstellung der Industrieproduktion auf neue Erzeugnisse, z. T. auch auf neue Verfahrensmethoden, die sich aus einem stärkeren Einsatz der im Inland erzeugten Rohstoffe (Buna, Zellwolle usw.) ergeben, die Erhöhung der Einfuhrpreise sowie die Einschränkung der Produktion für den zivilen Bedarf müssen die Kostenstruktur vieler Betriebe beeinflussen.

Im ganzen bieten aber die schon bisher bestehenden strengen Preisbildungsvorschriften, so

Die Großhandelspreise in Deutschland und Großbritannien

	1938	1939						1940	Veränderung Jan. 1940 gegen Juli 1939 in v. H.
	Jahresdurchschnitt	Juli	August	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.	Jan.	
Deutschland [1]) (1913 = 100)									
Agrarstoffe	105,9	108,7	108,8	107,6	107,5	107,5	107,6	108,2	— 0,5
Industrielle Rohstoffe und Halbwaren	94,1	94,6	94,9	95,3	96,0	96,7	96,9	97,8	+ 3,4
Industrielle Fertigwaren	125,8	125,9	126,0	126,1	126,2	126,4	126,5	126,9	+ 0,8
davon Produktionsmittel	113,0	112,8	112,8	112,8	112,9	112,8	112,8	112,8	± 0,0
Konsumgüter	135,4	135,8	136,1	136,2	136,3	136,7	137,0	137,5	+ 1,3
Gesamtindex	105,7	107,0	107,1	106,9	107,1	107,4	107,6	108,2	+ 1,1
Großbritannien [2]) (1930 = 100)									
Getreide	109,9	83,0	84,0	100,9	109,1	123,5	135,0	139,4	+68,0
Fleisch, Fisch und Eier	85,9	84,1	84,3	93,0	97,4	100,6	104,9	111,3	+32,2
Sonstige Nahrungsmittel und Tabak	97,5	103,3	100,1	107,9	119,1	121,1	121,3	122,8	+18,9
Nahrungsmittel und Tabak	97,3	91,2	90,4	101,2	109,4	115,3	120,1	123,7	+35,6
Kohle	123,2	117,1	117,4	119,3	122,8	126,3	127,5	134,0	+14,4
Eisen und Stahl	139,1	129,3	128,6	128,1	129,9	141,2	141,8	142,4	+10,1
NE-Metalle	94,4	98,4	100,7	104,4	104,9	105,0	114,1	121,9	+23,9
Baumwolle	83,6	81,6	81,4	98,9	103,1	106,6	122,4	122,4	+50,0
Wolle	101,4	102,3	102,6	107,8	116,8	126,8	131,2	135,8	+32,7
Andere Textilien	68,7	75,0	74,1	81,4	89,7	97,3	102,2	107,3	+43,1
Chemikalien und Öle	94,7	93,3	93,0	93,8	98,2	102,4	105,5	108,7	+16,5
Verschiedenes	93,2	93,7	96,1	105,6	108,4	113,5	113,8	114,2	+21,9
Industrielle Rohstoffe und Fertigwaren	103,5	101,7	102,2	107,7	111,4	118,0	121,1	123,6	+21,5
Großhandelspreise gesamt	101,4	98,1	98,1	105,6	110,9	117,2	120,9	123,8	+26,2
Rohstoffe	92,9	94,3	94,5	101,6	107,8	117,5	122,2	124,0	+31,5
Zwischenprodukte	104,5	102,0	104,0	113,3	116,2	121,7	125,0	128,1	+25,6
Industrie-Fertigwaren	112,1	109,1	108,7	111,3	114,2	119,8	122,0	123,7	+13,4
Baustoffe	104,1	103,3	104,1	107,3	107,7	109,5	110,3	112,2	+ 8,6

[1]) Statistisches Reichsamt. — [2]) Board of Trade.

die Preisstopverordnung, die Auslandswarenpreisverordnung, die Lederpreisverordnung usw., bereits die Gewähr dafür, daß sich diese preiserhöhenden Faktoren nur in stark abgeschwächter Form bis zum letzten Käufer auswirken können. Kostenerhöhungen dürfen nämlich grundsätzlich nur dann im Preis zum Ausdruck kommen, wenn sie nicht durch Rationalisierungsmaßnahmen kompensiert oder in den Gewinnspannen aufgefangen werden können. Zudem soll nach dem Willen des Preiskommissars gegenwärtig an Preiserhöhungsanträge ein besonders strenger Maßstab angelegt und eine Ausnahmegenehmigung nur dann erteilt werden, wenn die bisherige Preisstellung für den Betrieb untragbar ist.

Ermäßigung der Kriegskosten erzielt. In diesem Zusammenhang gewinnen die im November 1938 erlassenen Vorschriften für die Preisbildung bei öffentlichen Aufträgen erhöhte Bedeutung. Die Preisbildung bei öffentlichen Aufträgen muß, soweit kein Marktpreis existiert, nach bestimmten Leitsätzen, die eine Anweisung zur Selbstkostenberechnung darstellen, vorgenommen werden. Waren diese Maßnahmen zur Regelung der Preise bei öffentlichen Aufträgen schon im Frieden ein geeignetes Mittel, um den Haushalt der öffentlichen Hand durch möglichst niedrige Beschaffungspreise zu entlasten, so sind sie in Kriegszeiten erst recht von allergrößter Bedeutung, um ungerechtfertigte Kriegsgewinne zu verhindern.

Lebenshaltungskosten in Deutschland und Großbritannien

Zeit	*Deutschland* [1] *(1913/14 = 100)*						*Großbritannien* [2] *(Juli 1914 = 100)*
	Ernährung	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Bekleidung	Verschiedenes	Lebenshaltungskost. insgesamt	Lebenshaltungskosten insgesamt
1938 Durchschnitt	122,1	121,2	124,8	130,5	142,3	125,6	156
1939 Juli	124,9	121,2	123,1	133,4	142,0	127,3	156
August	124,9	121,2	123,3	133,6	142,0	127,3	155
September	121,7	121,2	124,2	133,7	142,0	125,7	165
Oktober	121,7	121,2	125,3	133,7	142,0	125,8	169
November	122,2	121,2	125,4	134,1	142,1	126,1	173
Dezember	122,8	121,2	125,4	134,4	142,2	126,4	174
1940 Januar	123,5	121,2	125,5	135,1	142,7	127,0	177
Veränderung Januar 1940 gegen Juli 1939 in v. H.	*—1,1*	*±0,0*	*+1,9*	*+1,3*	*+0,5*	*—0,2*	*+13,5*

[1]) Statistisches Reichsamt. — [2]) The Ministry of Labour Gazette.

Neue preispolitische Maßnahmen seit Kriegsbeginn

Außerdem wurden seit Kriegsbeginn einige Verordnungen teils grundsätzlicher, teils ergänzender Natur erlassen, die zur Erhaltung der Stabilität des Preisgefüges wirksam beitragen.

In der Kriegswirtschaftsverordnung vom 3. September 1939, die allgemeine Richtlinien für die *Kriegspreisbildung* enthält, wurde es den Unternehmern zur Pflicht gemacht, nachzuprüfen, ob ihre Preisbildung mit den Erfordernissen der Kriegswirtschaft in Einklang steht. Überhöhte Gewinne sind ebenso unzulässig wie der Versuch, das Kriegsrisiko in die Kalkulation einzusetzen und dadurch auf den Käufer abzuwälzen. Insbesondere sollen die Stoppreise und die Monopolpreise auf Möglichkeiten zur Preissenkung überprüft werden, da sich seit dem Stichtag des Preisstop (16. Oktober 1936) viele Preis- und Kostenrelationen verschoben haben; so können z. B. manche Preise, die damals als gerechtfertigt angesehen wurden, jetzt als überhöht gelten, da bei der inzwischen erfolgten weiteren Erhöhung der Produktion in bestimmten Wirtschaftszweigen das Gesetz der Kostendegression sicher erneut wirksam geworden ist. Preissenkungen für die Güter des zivilen Konsums dürften im allgemeinen allerdings nicht möglich sein. Sie kommen vor allem in Frage bei Gütern des öffentlichen Bedarfs, deren Anteil an der Produktion in Kriegszeiten naturgemäß wächst; durch eine möglichst niedrige Preisstellung dieser Güter wird u. a. auch eine

Der Reichskommissar ist aber, wie die neuen Preisbildungsvorschriften für den Textileinzelhandel zeigen, auch nicht gewillt, gestiegene fixe Kosten, die sich durch einen Umsatzrückgang ergeben können, auf den Käufer abwälzen zu lassen. Die genannte Verordnung bringt Höchstaufschläge für den Einzelhandel, die sich im großen und ganzen mit den bisherigen Handelsaufschlägen decken, aber die Überwachung der Preisvorschriften wesentlich erleichtern. Die Preisbildung in der übrigen Textilwirtschaft, die sich nach dem Prinzip des Vergleichspreises unter Berücksichtigung etwa gestiegener Rohstoff- oder Verarbeitungskosten vollzieht, blieb im wesentlichen unverändert. Danach können sich zwar Rohstoffpreiserhöhungen im Preis ausdrücken, aber infolge des geringen Gewichtes, das der Rohstoffanteil im Fertigprodukt besitzt, bleiben diese Preiserhöhungen in verhältnismäßig engen Grenzen.

Die *Agrarpreise* blieben bis jetzt von der Kriegswirtschaft so gut wie unberührt, so daß sich die wichtigsten Volksnahrungsmittel wie Brot, Mehl, Fleisch, Zucker, Kartoffeln im Preise nicht verändert haben. Auch die *Mietpreise*, der zweitwichtigste Posten in den Lebenshaltungskosten, sind gleichgeblieben.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, daß alle diese Preisüberwachungsmaßnahmen ihr Ziel erreichen, besteht darin, daß keine allgemeine Lohnsteigerung eintritt. Daher wurde auch die Überwachung der Löhne erneut verschärft. Nach

der neuen *Lohnstop-Verordnung*[1]) dürfen künftig ohne Zustimmung der Reichstreuhänder der Arbeit die Löhne bei gleichbleibender Arbeitsleistung weder nach oben noch nach unten verändert werden. Die übergangsweise vorgenommene Aufhebung der Mehrarbeits-, Sonntags- und Nachtarbeitszuschläge konnte nach kurzer Zeit wieder rückgängig gemacht werden — mit der einen Ausnahme, daß Mehrarbeitzuschläge anstatt ab der 9. jetzt erst ab der 11. Arbeitsstunde gewährt werden[2]).

Durch diese Kombination einer Preis-, Lohn- und Gewinnregulierungspolitik ist es tatsächlich gelungen, die Umstellung auf die Kriegswirtschaft ohne nennenswerte Erhöhung des Gesamtpreisniveaus durchzuführen. Die Gesamtindexziffer der Großhandelspreise lag im Januar 1940 nur um 1,1 v. H. höher als im Juli 1939, während die Lebenshaltungskosten sogar um 0,2 v. H. gesunken sind.

Frankreich

Grundlinien der französischen Kriegs-Preispolitik

Frankreich hat in der Zeit der Volksfrontregierung (Juni 1936-März 1938) bereits eine Preisüberwachung durchzuführen versucht. Dieser Versuch einer Zügelung des Preisauftriebs mißlang jedoch vollkommen, und die Preise stiegen in der Folgezeit beträchtlich. Frankreich machte damals erneut die Erfahrung, daß ein inflationistischer Preisauftrieb und insbesondere das gegenseitige Hinaufschrauben von Preisen und Löhnen die Produktivität der Wirtschaft schwer beeinträchtigen. Alsbald nach Kriegsbeginn schritt die Regierung daher zu drastischen Eingriffen in die Preis- und Lohngestaltung. Mit Dekret vom 9. Dezember 1939 wurde ein allgemeines Preiserhöhungsverbot erlassen, das jede weitere Preiserhöhung von der Genehmigung der zuständigen Preisüberwachungsbehörde abhängig macht. Dieser Preisstop wurde durch den Erlaß einer allgemeinen *Lohnstop-Verordnung* mit dem Stichtag des 1. September 1939 ergänzt. Es wurde sogar eine effektive Lohnkürzung in der Weise vorgenommen, daß die Entlohnung ab der 41. Wochenstunde nur 60 v. H. des Normalstundenlohnes betragen darf, während bisher Überstundenzuschläge in Höhe von 10 bis 15 v. H. üblich waren. Die restlichen 40 v. H. des Normallohnes sind vom Unternehmer in den sog. Fonds der Nationalen Solidarität abzuführen, der zur Bestreitung gewisser Kriegsausgaben (Familienunterstützung für Einberufene, Evakuierungskosten usw.) dient.

Eine gewisse Tendenz zur Preisstabilisierung bedeutet auch die Ausdehnung der *Rüstungsgewinnsteuer* auf sämtliche Industrie- und Handelsbetriebe, wenngleich diese Regelung in erster Linie den Forderungen der Lohn- und Einkommensbezieher nach einer möglichst gleichmäßigen Verteilung der Kriegslasten Rechnung tragen soll. Im Sinne einer Kaufkraftsenkung wirkt auch die Erhöhung der außerordentlichen Abgabe auf alle Berufseinkommen von 2 v. H. auf 5 v. H., die bei Männern im dienstpflichtigen Alter sogar auf 15 v. H. festgesetzt worden ist.

Das Preisüberwachungssystem

In die Preisüberwachung teilen sich in Frankreich verschiedene Behörden, deren notwendige Zusammenarbeit erst einer längeren Zeit der Einspielung bedarf und gegenwärtig, vor allem im Agrarsektor, noch recht mangelhaft ist.

Die Preisbildung der wichtigsten industriellen Rohstoffe und Halbwaren wurde der Zuständigkeit der bisherigen Preisaufsichtsbehörde entzogen und auf die verschiedenen Ministerien[1]) verteilt; für sie ist damit an die Stelle der bisherigen Kontrolle durch den Nationalen Preisüberwachungsausschuß, in dem mehrere Interessentengruppen vertreten waren und den Ausgleich suchten, die autoritative Preisbestimmung durch den Staat getreten. Die so geregelten Preise sind vom Preisstop ausgenommen, ihre Höhe wird weitgehend in Einklang mit der Preisbildung auf den internationalen Märkten festgesetzt.

Das Preiserhöhungsverbot bezieht sich demnach auf alle Waren, die nicht durch Sonderverfügungen eigens davon ausgenommen sind, und zwar sowohl im Großhandel wie im Zwischen- und Kleinhandel. Anträge auf Genehmigung von Preiserhöhungen müssen, wenn es sich um Einzelfälle handelt, an die bei den Departements errichteten Preisüberwachungsausschüsse, wenn die Preiserhöhung mehrere Bezirke betrifft, an den Nationalen Preisüberwachungsausschuß selbst gerichtet werden. Entscheidend ist für die Frage der Genehmigung vor allem, ob die Preiserhöhung mit einer Verteuerung der eingeführten Rohstoffe begründet werden kann. Dabei soll nach dem Willen des Gesetzgebers ein strenger Maßstab angelegt und zunächst regelmäßig geprüft werden, ob die Kostenerhöhungen nicht durch technische Fortschritte oder Beschneidung der Gewinnspannen aufgefangen werden können. Unter keinen Umständen dürfen Preiserhöhungen durch Erweiterung des Zwischenhandels vorgenommen werden. Durch Einsatz von Kontrollbeamten soll die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen überwacht werden.

Die Preisüberwachung der inländischen *Agrarprodukte* wird teils vom Preisüberwachungsausschuß, teils vom Landwirtschaftsministerium vorgenommen.

---

[1]) Zweite Durchführungsverordnung zum Abschnitt III der Kriegswirtschaftsverordnung vom 12. Oktober 1939.

[2]) Die eingesparten Mehrarbeitszuschläge für die 9. und 10. Arbeitsstunde müssen vom Arbeitgeber an die Finanzkasse abgeführt werden.

[1]) So unterliegt dem Ministerium für Landesverteidigung die Preisfestsetzung für Leder und Häute, Gerbereiwaren und Textilfasern, dem Rüstungsministerium die Preisfestsetzung für Eisen und Stahl, eingeführte NE-Metalle, Aluminium und sonstige Leichtmetalle, Kautschuk und Kautschukwaren sowie Kraftwagen, dem Ministerium für öffentliche Arbeiten die Preisbildung für flüssige und feste Mineralbrennstoffe, Eisen- und Manganerze, NE-Metalle, soweit sie in Frankreich gewonnen oder verarbeitet werden, dem Handelsministerium die Preisbildung für Papier, Karton usw.

Die Erfolge der Preislenkung

Trotz dieser ziemlich umfassenden Organisation der Preisüberwachung ist die planmäßige Lenkung der Preisbewegung nicht gelungen, was schon die mehrfachen Aufrufe der Regierung zur Preisdisziplin und die Ankündigung verschärfter Preisbestimmungen beweisen. Obwohl die Veröffentlichung der amtlichen französischen Preisstatistik eingestellt wurde, um die Öffentlichkeit über den tatsächlichen Preisverlauf im unklaren zu lassen, steht es fest, daß sich seit Kriegsbeginn die Preise beträchtlich erhöht haben. So wurden innerhalb der ersten vier Kriegsmonate die Preise für Industriekohle um 15 v. H., für Eisenhalbzeug um 13 v. H., für Eisenbleche um 11 v. H. heraufgesetzt. Weitere Preiserhöhungen wurden für Aluminium, Zement und Kalk, Zink- und Bleierzeugnisse, Zeitungspapier, Seide, Kunstseidengarne, Baumwollgarne und -gewebe, Häute und Leder u. a. m. vorgenommen. Nach Mitteilungen in einer französischen Senatsdebatte sind seit August die Großhandelspreise der Nahrungsmittel im Durchschnitt um 20 v. H., die Großhandelspreise der Rohstoffe und Halbfabrikate um 30 v. H. gestiegen.

Zu einem Teil ist die Steigerung der Industrierohstoffpreise auf die sprunghafte Erhöhung der Einfuhrpreise zurückzuführen, die durch die Währungsabwertung (um 15 v. H. Anfang September 1939), den Anstieg der Weltmarktpreise und die gestiegenen Frachtraten verursacht wurde. Dabei muß berücksichtigt werden, daß das französische Inlandspreisniveau vor Kriegsausbruch vergleichsweise etwas tiefer lag als das der meisten Handelspartner, weil die im Mai 1938 erfolgte Währungsabwertung nicht durch eine entsprechende Inlandspreissteigerung aufgeholt worden war; durch die neue Abwertung wurde daher ein besonders großer Spielraum für Preiserhöhungen geschaffen.

Infolge der Einstellung der amtlichen Statistik ist ein Überblick über die Entwicklung der tatsächlichen Einfuhrpreise nur schwer zu gewinnen; nach Zeitungsmeldungen lagen, um nur einige Beispiele zu nennen, im Dezember 1939 die Preise für

schwedisches Manganroheisen	um 109,3 v.H.
Bankazinn	um 28,8 v.H.
Zink	um 55,9 v.H.
Elektrolytkupfer	um 46,4 v.H.
amerikanische Rohbaumwolle	um 85,6 v.H.

höher als im August des gleichen Jahres.

Da die Preise der Fertigprodukte dem Preisstop unterliegen, können sich zwar die höheren Preise der Rohstoffe nur mit Genehmigung des Preisüberwachungsausschusses bis zum letzten Käufer auswirken. Das Auffangen von erhöhten Rohstoff- und Verarbeitungskosten in den Handels- und Gewinnspannen kann jedoch nur dann gelingen, wenn ein eingespielter Preisprüfungsapparat vorhanden ist, der über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer Preiserhöhung sachgemäß zu entscheiden vermag. Bisher jedenfalls konnte eine größere Anzahl von Preiserhöhungen, die von der Industrie unter Hinweis auf angeblich gestiegene Kosten verlangt wurden, nicht zurückgewiesen werden. Daher sind auch die Preise für eine Reihe von Fertiggütern bereits erheblich gestiegen.

Um den Unterschied zwischen den höheren Einfuhrpreisen und den niedrigeren Preisen der inlandserzeugten Rohstoffe auszugleichen und der Industrie möglichst gleichmäßige Kostengrundlagen zu geben, wurde eine Anzahl von Ausgleichskassen[1]) geschaffen, die durch eine Abgabe auf die Inlandsproduktion gespeist werden. Allerdings scheint durch diese Maßnahme der Einfluß der Einfuhrpreissteigerung auf die Preise am Binnenmarkt nur in Einzelfällen gemildert, im ganzen dagegen eher verallgemeinert worden zu sein.

Die Preiskontrolle im *Nahrungsmittelhandel* wurde in den ersten Kriegsmonaten nur in einer sehr lockeren Form durchgeführt. Die Agrarpreise wurden von der verschärften Preisgesetzgebung so gut wie ausgenommen, so daß der Nationale Preisüberwachungsausschuß gerade auf diesem für die Lebenshaltung wichtigen Sektor eine beträchtliche Einschränkung seiner Befugnisse in Kauf nehmen mußte. Bis zum Kriegsausbruch war für die inländische Landwirtschaft eine Reihe von Stützungsaktionen durchgeführt worden, die durch Absatzschwierigkeiten, insbesondere nach reichlichen Ernten, notwendig geworden waren. Diese Schutzmaßnahmen, insbesondere die Kontingentierung der Produktion, sind unter den Kriegsverhältnissen weitgehend überflüssig geworden. Für den Weizenmarkt blieben allerdings die Marktordnung und das Festpreissystem in vollem Umfange aufrechterhalten. Eine schärfere Preiskontrolle für die sonstigen wichtigsten Nahrungsmittel wurde jedoch erst durchgeführt, als die Preise im Winter weit über das saisonübliche Maß hinaus zu steigen begannen. Die Kontrolle der Großhandelspreise wird in der Weise vorgenommen, daß in den Pariser Markthallen, die für die Nahrungsmittelpreisbildung in Frankreich richtunggebend sind, Höchstpreise festgesetzt werden; dies führte allerdings dazu, daß ein Teil der Waren vom Markt verschwand. Eine weitere Steigerung der Nahrungsmittelpreise und damit der Lebenshaltungskosten würde die Fortführung der bisherigen Politik stabiler Löhne unmöglich machen; eine wirksame Bekämpfung des Preisauftriebs dürfte aber, sobald einmal Angebot und Nachfrage stärker auseinanderklaffen sollten, den größten Widerständen begegnen, da der französische Bauer (oder Pächter) jeder Organisation abhold ist und der Aufbau einer wirksamen Marktkontrolle im Sinne des deutschen Reichsnährstandes außerdem einer beträchtlichen Zeit bedarf.

[1]) Solche Ausgleichskassen wurden errichtet für Kohle, Koks, Schrott, Eisenerze, Blei, Zink, Eisenpyrit u. a. m.

England

Eine wirksame Preiskontrolle stößt in England auf erhebliche Schwierigkeiten. Es ist selbstverständlich, daß von einer „autonomen" Preisbildung in einem Welthandelsland keine Rede sein kann, in dem allein bei der Nahrungsmittelversorgung eine Einfuhrabhängigkeit von 75 v.H. besteht. Dem Gedanken einer Preisstabilisierung steht aber auch die weitgehend liberale Grundhaltung der englischen Bevölkerung entgegen; wie in allen Fragen der kriegswirtschaftlichen Organisation besteht auch auf dem Gebiet der Preislenkung die Neigung, mit so wenig Vorschriften wie möglich auszukommen, eher Richtlinien als genau formulierte Vorschriften zu geben und der „natürlichen" Entwicklung soweit als möglich ihren Lauf zu lassen.

Die Zielsetzung der englischen Preispolitik

Das Ziel der britischen Preispolitik ist im wesentlichen, eine Preissteigerung zu verhindern, die über die tatsächliche Kostensteigerung hinausgeht. Indes ist es sehr schwierig, die Preise an den Kosten zu orientieren, sofern nicht genau bestimmt wird, welche Kostensteigerungen sich im Preise ausdrücken dürfen. Der Rückgang der Produktion an Gütern für den zivilen Bedarf hat beispielsweise zur Folge, daß vielfach die Kapazitäten nur noch zu einem Teil ausgenutzt werden können und die Stückkosten daher steigen; in anderen Industriezweigen wird die Erzeugung stark erhöht, was aber in den Fällen, in denen die Kapazitäten ohnehin schon voll oder nahezu voll ausgenutzt sind, ebenfalls meistens nur bei steigenden Kosten möglich ist[1]). In den ersten Kriegsmonaten traten hierzu noch die valutarisch bedingte Erhöhung der Einfuhrpreise — das Pfund verlor Anfang September bekanntlich rd. 15 v. H. seines Wertes — und die starke Erhöhung der Preise an den internationalen Warenmärkten, die Anfang 1940 zwar zunächst zum Stillstand gekommen ist, aber jederzeit wieder aufleben kann. Die Ausschaltung der reinen Spekulationsgewinne kann — selbst wenn sie gelingt — nicht ausreichen, um auf die Dauer ein tragbares Preisniveau zu sichern.

Überdies stellt ein „mäßiger" Preisanstieg nach Meinung vieler englischer Wirtschaftspolitiker ein geeignetes Mittel dar, um jene Beschränkung der Verbraucherausgaben auf das Angebot an Gütern des Zivilbedarfs herbeizuführen, die in irgendeiner Form nun einmal erreicht werden muß[2]), und die, nach der sozialen und politischen Konstellation des Landes, nicht durch direkte Lohnsenkungen herbeigeführt werden kann. Eine der größten Schwierigkeiten dieses Versuchs einer inflatorischen Verbrauchsdrosselung liegt — abgesehen von den großen sozialen Ungerechtigkeiten, die sie in Kauf nimmt — darin, daß die Löhne diesmal viel rascher den steigenden Preisen nachkommen als 1914-18. Ein Teil der Tarifverträge ist mit gleitenden Lohnsätzen ausgerüstet, d. h. die Löhne müssen entsprechend der Steigerung der Lebenshaltungskosten automatisch erhöht werden. Auch einem Teil der Arbeiter mit festen Tarifsätzen mußten bereits Lohnerhöhungen zugestanden werden[1]).

Die Preisüberwachung hat den Preisauftrieb zwar etwas zu zügeln, aber nicht aufzuhalten vermocht. Der Anstieg der amtlichen Großhandelsindexziffer betrug im Januar 1940 gegenüber dem Vormonat immer noch 2,4 v. H., während er

im Dezember 1939	3,2 v. H.
im November 1939	5,9 v. H.
im Oktober 1939.....	5,2 v. H.
im September 1939.....	7,2 v. H.

betragen hatte. Insgesamt lagen die Großhandelspreise im Januar 1940 um 26,2 v. H. höher als im Juli vorigen Jahres. Die Preisauftriebskräfte scheinen aber noch keineswegs erschöpft zu sein. Zudem würde sich die Wirksamkeit der Preiskontrolle überhaupt erst dann erweisen müssen, wenn die Vorräte, die vielfach die Aufrechterhaltung des heutigen Verbrauchsumfanges ermöglichen, weiter abgebaut sind und stärkere Verbrauchseinschränkungen güterwirtschaftlich unumgänglich werden.

Die Preisbildung der Rohstoffe

Die Bewirtschaftung der industriellen Grundstoffe obliegt dem Beschaffungsministerium; in den meisten Fällen hat es amtliche Höchstpreise festgesetzt. Die gesetzliche Grundlage hierfür bildet das Notstandsermächtigungsgesetz, das der Regierung fast unbegrenzte Möglichkeiten zu Eingriffen in die Wirtschaft und damit auch zur Festsetzung oder Kontrolle von Preisen gewährt. Höchstpreise sind festgelegt für den größten Teil der Eisen- und Stahlerzeugnisse, für Häute und Leder, Blei, Zink, Kupfer, Papier, Holz, Wolle und Wollgarne, Jutegarne usw. Gelegentlich benützt die Regierung auch schon bestehende Organisationen zur Preiskontrolle; so werden die Preise für Petroleum und dessen Derivate vom

[1]) Dementsprechend sind denn auch von den einzelnen Wirtschaftszweigen sowohl Umsatzrückgänge (wie von den Elektrizitätswerken) als auch eine Erhöhung der Produktion (von den Kohlengruben) als kostenerhöhendes Moment angeführt worden.

[2]) So konnte das Ernährungsministerium, ohne Entrüstung zu erregen, bekanntgeben, daß der Wochenverbrauch von Butter infolge der Preiserhöhung auf 1 sh 7 d je lb von 9000 auf 7000 t zurückgegangen sei.

[1]) Die Frage der gerechten Verteilung der Kriegslasten, die ja mit der Preis- und Lohnentwicklung in engem Zusammenhang steht, ist auch der Angelpunkt des Keynesschen Zwangssparplans. K. geht davon aus, daß durch Lohnsteigerungen und Mehrbeschäftigung mit einer Erhöhung der Kaufkraft der Lohnbezieher von wenigstens 500 Mill. Pfund zu rechnen sei, denen zum mindesten kein größeres, wenn nicht ein geringeres Güterangebot gegenüberstehen werde. Um diese Kaufkraft nicht wirksam werden zu lassen, befürwortet K. die Kombinierung eines Steuer- und Zwangssparsystems, durch das ein Teil des Konsums aus den nominell gestiegenen Einkommen auf die Nachkriegszeit verschoben werden soll, in der die Produktivkraft des Landes wieder für den Privatkonsum eingesetzt werden könne.

Petrol Board unter Zustimmung der Regierung festgesetzt; ebenso unterliegen die Preisänderungen der Kohlenzechen der staatlichen Genehmigung. In Einzelfällen mußte dagegen die Preisbildung wieder dem freien Markt überlassen werden, da der amtliche Höchstpreis die Versorgungsmöglichkeit gefährdete, wie vor allem bei Zinn, bei dem die Preisdifferenz zwischen London und New York die Lieferungen beträchtlich zurückgehen ließ. Für Baumwolle besteht keine Preisbindung, so daß die Baumwollbörsen ihre preisbildende Funktion noch ausüben; jedoch wurde eine Reduzierung der täglich zulässigen Preisschwankungen vorgenommen. Auch der Kautschukmarkt unterliegt der freien Preisbildung.

Bei der Preisbildung der Rohstoffe spielt die Entwicklung der Einfuhrpreise und der Einfuhrkosten eine ausschlaggebende Rolle. Die Regierung wirft zwar ihr ganzes ökonomisches und politisches Gewicht in die Waagschale, um zu möglichst günstigen Preisabschlüssen sowohl mit den Empire-Ländern als auch mit den Neutralen zu kommen. So wurden mit den großen NE-Metallerzeugern des Empire langfristige Verträge abgeschlossen, die Preisänderungen nur dann vorsehen, wenn sich durch Kostensteigerungen eine Notwendigkeit hierzu ergibt. Ähnliche Abmachungen wurden mit den wichtigsten Wollproduzenten des Weltreichs und mit den ägyptischen Baumwollproduzenten abgeschlossen. Trotzdem haben sich die meisten Rohstoffpreise stark erhöht; im Dezember mußten Preiserhöhungen für Blei, Kupfer und Zink vorgenommen werden, die in erster Linie zum Ausgleich der gestiegenen Transport- und Umschlagkosten sowie zur Bildung eines Notfonds dienen, aus dem die Metallverluste durch Schiffsversenkungen ausgeglichen werden sollen. Die Preise für Wolle und Kammzug sind nach der Indexziffer der „Weekly Wool Chart" von Kriegsbeginn bis Ende Dezember um 21 v. H., die Preise für Wollgarn um 44 v. H. gestiegen; eine neuerliche Erhöhung der Wollpreise um 35 v. H. ist für den 1. März in Aussicht genommen. Die Indexziffer des Board of Trade für Baumwolle lag im Januar 1940 um 50 v. H. über der vom Juli 1939. Anfang Februar wurden auch die Eisen- und Stahlpreise — zum zweiten Male seit Kriegsausbruch, und zwar wiederum um 10 v. H. — heraufgesetzt; nach Ansicht der Eisenindustrie reicht dies aber noch nicht zur Deckung der bisherigen Kostensteigerung aus, so daß also weitere Preissteigerungen zu erwarten sind.

Die Preisbildung bei Fertigwaren

Die Preisüberwachung bei Fertiggütern bereitet, wenn man einen allgemeinen Preisstop vermeiden will, große Schwierigkeiten, da es unmöglich ist, für die unübersehbare Zahl von Konsumgütern Richtpreise festzusetzen. Das *Gesetz über die Warenpreise* (Prices of Goods Act), das am 1. Januar 1940 in Kraft getreten ist, verbietet den Verkauf von preisregulierten Gütern[1]) zu einem höheren als dem Stichtagpreis (1. August 1939) zuzüglich der seit diesem Termin gestiegenen Kosten. Zur Preisüberwachung bedient sich die englische Regierung des am 28. November errichteten zentralen Preisregulierungsausschusses und seiner 16 Bezirksausschüsse, die dabei weitgehend auf die Mitwirkung des Publikums angewiesen sind; denn im allgemeinen werden keine Preiskontrollen vorgenommen, sondern jeder Käufer, der sich preismäßig übervorteilt fühlt, hat der zuständigen Stelle seine Beschwerden vorzutragen. Genaue Kalkulationsrichtlinien über die „erlaubten Kostensteigerungen" wurden nicht erlassen, so daß z. B. Unklarheit darüber besteht, inwieweit sich ein Umsatzrückgang im Preis niederschlagen darf. An sich dürfte die Möglichkeit einer Beschwerde an die Preisüberwachungsstelle schon zur vorsichtigeren Preisgestaltung veranlassen, aber sicher nur so lange, als das Angebot die Nachfrage im großen und ganzen noch deckt. Schon bisher konnten im übrigen die Preise zahlreicher Fertigwaren nicht gehalten werden. So lag die Indexziffer für Bekleidungskosten im Dezember 1939 um 20 v. H. höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Von Bedeutung für die Lebenshaltungskosten ist neben der Erhöhung der Bekleidungskosten auch die Hinaufsetzung der Lichtstrompreise um 30 v. H. Insgesamt haben sich die Lebenshaltungskosten bis zum Januar 1940 gegenüber Juli vorigen Jahres um 13,5 v. H. erhöht.

Die Nahrungsmittelpreise

Im Agrarsektor ist das Bewirtschaftungs- und Preiskontrollsystem ziemlich weitgehend ausgebaut. Die Preise der Inlandsprodukte wurden infolge der zahlreichen Stützungsaktionen für die inländische Landwirtschaft schon vor Kriegsbeginn zum Teil kontrolliert. Für die Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel (so für Butter, Zucker, Kartoffeln, Eier, Bacon u. a. m.) wurden bald nach Kriegsausbruch Höchstpreise festgesetzt.

Infolge der Steigerung der Weltmarktpreise mußten die Kleinverkaufspreise der wichtigsten Nahrungsmittel in den ersten drei Kriegsmonaten wiederholt heraufgesetzt werden. Die außerordentliche Erhöhung der Einfuhrpreise, insbesondere von Getreide, hat die Regierung zur Leistung von Zuschüssen veranlaßt, um die Kleinhandelspreise der wichtigsten Volksnahrungsmittel (Brot, Mehl, Fleisch, Milch) nicht noch mehr steigen zu lassen. Die Kosten dieser Intervention betragen wöchentlich 1 Mill. Pfund — eine erhebliche Summe, wenn man berücksichtigt, daß daneben die direkten und indirekten Subventionen für die einheimische Landwirtschaft weiterlaufen.

---

[1]) Die Liste der preisgeregelten Waren umfaßt u. a. folgende Artikel: Oberkleidung für Männer, Frauen und Kinder, Haushaltsartikel, Tafelbestecke, Glas- und Porzellanwaren, Eisenwaren, elektrische Taschenlampen und Batterien.

Die Futtermittelversorgung — ein schwerwiegendes Problem für Englands Ernährungswirtschaft

Die landwirtschaftliche Nutzfläche in England wird — anders als in Deutschland — zum überwiegenden Teil als Grünland, also viehwirtschaftlich genutzt. 73 v. H. der landwirtschaftlichen Nutzfläche entfallen in England auf Grünland, in Deutschland dagegen nur 30 v. H. Man könnte daraus schließen, daß England in der Lage sein müßte, seinen Bedarf an tierischen Produkten weitgehend aus eigener Erzeugung zu befriedigen. In Wirklichkeit aber deckte England auch in Friedenszeiten durchschnittlich nur ein Drittel bis die Hälfte seines Verbrauchs an tierischen Produkten aus dem Inland (bei Butter sogar nur 10 v. H.), und auch diese Inlandserzeugung beruhte noch zu über 50 v. H. auf ausländischen, zugekauften Futtermitteln.

Unzureichende Erzeugung der Viehwirtschaft

Die Ursache dieser Auslandsabhängigkeit ist nicht etwa darin zu sehen, daß das dicht bevölkerte England eine zu geringe landwirtschaftliche Nutzfläche besäße; steht doch in Großbritannien selbst (also ohne die Kolonien) zur Erzeugung von Nahrungs- und Futtermitteln je Kopf der Bevölkerung etwa dieselbe landwirtschaftliche Nutzfläche wie in Deutschland, nämlich rd. 41 ha je 100 Einwohner, zur Verfügung. Andererseits ist der Viehbesatz, d. h.

Viehbestand, Viehbesatz und Viehdichte (1938)

Übersicht 1

Viehart	Viehbestand		Viehbesatz		Viehdichte	
	Zahl der Nutztiere					
	Insgesamt in Mill. Stck.		je 100 ha Nutzfläche		je 100 Einwohner	
	Großbritann.	Deutschland[1])	Großbritann.	Deutschland[1])	Großbritann.	Deutschland[1])
Pferde ...	1,1	3,5	6	12	2	5
Rinder ...	8,9	19,9	45	70	19	29
Schweine.	4,4	23,6	23	83	9	34
Schafe ..	24,8	4,8	127	17	52	7
Hühner ..	65,6	88,6	334	311	137	128

[1]) Altreich.

die Zahl der je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche gehaltenen Nutztiere, keineswegs besonders hoch; im Gegenteil, er erreicht bei den wichtigsten Nutztieren, den Pferden, Rindern und Schweinen, nur etwa die halbe Höhe des deutschen (die erheblich höhere Schafhaltung in England gleicht diesen Unterschied nicht im entferntesten aus). Wenn trotzdem in England derartig große Futtermitteleinfuhren zur Ergänzung der heimischen Produktion nötig sind, so liegt dies daran, daß die vorhandene Nutzfläche allzu extensiv genutzt wird.

Wie niedrig in der Tat die landwirtschaftliche Erzeugung in Großbritannien im Vergleich zu Deutschland ist, zeigt die folgende Übersicht. Danach wird, trotz gleichen Nahrungsraumes, an Brotgetreide in England je Kopf noch nicht ein Fünftel, an Kartoffeln nur ein Siebentel und an Zucker kaum ein Viertel der Erzeugungsmenge des Altreichs erzielt. Besonders ungünstig ist die

Die Nahrungs- und Futtermittelerzeugung in Großbritannien und Deutschland

in kg je Kopf der Bevölkerung *Übersicht 2*

Erzeugnis	Großbritannien	Deutschland (Altreich)
Pflanzliche Erzeugnisse		
Brotgetreide	35	176
Futtergetreide	62	148
Getreide insgesamt	97	324
Speisekartoffeln	84	190
Futterkartoffeln[1])	20	509
Kartoffeln insgesamt	104	699
Zucker	8	34
Gemüse	38	50
Obst	12	38
Futterrüben	325	696
Heu	163	561
Tierische Erzeugnisse		
Vollmilch	173	360
Futter-Magermilch[2])	27	163
Butter	1	7,5
Käse	1	5,0
Fleisch	32	52
Eier (Stück)	98	101

[1]) Einschl. Saat- und Fabrikkartoffeln. — [2]) Einschl. der geringen Mengen, die industriell verarbeitet werden bzw. der menschlichen Ernährung dienen.

geringe Kartoffelerzeugung. Sie reicht gerade zur Deckung des Bedarfs an Speisekartoffeln aus. Nennenswerte Mengen an Futterkartoffeln, die die Grundlage für eine Schweinezucht abgeben könnten, stehen in England jedoch nicht zur Verfügung. Auch die Produktion an Futtergetreide, Futterrüben, Zuckerschnitzeln und dergl., ferner an Schlempe, Heu, Futtermagermilch usw., kurz, die gesamte Futterbasis ist im Vergleich zur deutschen sehr gering.

Unter diesen Umständen nimmt es nicht wunder, daß auch die Erzeugung an tierischen Nahrungsmitteln in England weit unter dem deutschen Stand liegt. Dies um so mehr, als nicht nur der Viehbesatz, sondern auch die Viehdichte, d. h. die Zahl der je 100 Einwohner gehaltenen Nutztiere, in England wesentlich geringer als in Deutschland ist (vgl. Übersicht 1). Gerade die Viehdichte ist aber mit ausschlaggebend für die je Kopf der Bevölkerung aus inländischer Erzeugung verfügbaren Mengen an tierischen Nahrungsmitteln. Vor allem ist der Bestand an Rindern mit 19 Stück gegen 29 Stück in Deutschland, je 100 Einwohner gerechnet, sehr gering. Daher ist auch die Milcherzeugung noch nicht einmal halb so hoch wie im Altreich (vgl. Übersicht 2). Aus dieser Menge kann lediglich der Trinkmilchbedarf der Bevölkerung gedeckt werden, jedoch stehen keine

nennenswerten Mengen an Milch mehr zur Verbutterung oder Verkäsung zur Verfügung. Aus diesem Grunde fehlen in England auch Magermilch, Buttermilch und Molken, die in anderen Ländern, z. B. in Holland, Dänemark, Deutschland usw., die wichtigsten und unentbehrlichsten eiweißhaltigen Futtermittel für eine rationelle Schweinemast und für die Erzeugung von Eiern darstellen.

Nicht besser ist die Produktionsleistung in England beim Fleisch. Eine Ausnahme scheint lediglich die Geflügelwirtschaft zu machen. In Wirklichkeit ist jedoch auch dies nicht der Fall, da in den Zahlen der Übersicht 2 über die Nahrungsmittelerzeugung auch die mit Hilfe ausländischer zugekaufter Futtermittel erzeugten Mengen an Eiern sowie an Fleisch, Milch usw. enthalten sind. Nun beruht aber die englische Viehwirtschaft und insbesondere die Geflügelwirtschaft in weitem Umfang auf ausländischen zugekauften Futtermitteln. Mit anderen Worten, die „echte" inländische Erzeugung, die auf heimischer Futtergrundlage beruht, ist noch wesentlich geringer, als die obigen Zahlen ausweisen.

Die Auslandsabhängigkeit in der Futtermittelversorgung

Eine Berechnung der englischen Kraftfutterbilanz ergibt, daß aus inländischer Erzeugung insgesamt in England nur 2,8 Mill. t Futtergetreide jährlich zur Verfügung stehen. Eingeführt werden durchschnittlich 4,2 Mill. t. Insgesamt gelangen also jährlich rd. 7 Mill. t Getreide zur Verfütterung, von denen nur 40 v. H. aus dem Inland stammen. Noch weit ungünstiger ist die Lage bei der Versorgung mit Kleie, von der nur 8 v. H. aus in England gewachsenem Brotgetreide (Weizen) gewonnen werden. Die Ölkuchen, von denen England die außerordentlich große Menge von 1,8 Mill. t verbraucht, müssen sogar vollständig eingeführt werden.

Die Auslandsabhängigkeit Großbritanniens bei der Versorgung mit Kraftfuttermitteln

Mill. t *Übersicht 3*

	Futterweizen	Futtergerste	Hafer	Mais	Getreide insges.	Kleie	Ölkuchen
Aus inländ. Erzeug. verfügbar	0,7	0,4	1,7	—	2,8	0,2	—
Einfuhrüberschuß	0,4	0,3	0,1	3,4	4,2	2,4	1,8
Insges. verfügbar	1,1	0,7	1,8	3,4	7,0	2,6	1,8
Davon aus dem Inland in v. H.	*64*	*57*	*95*	*0*	*40*	*8*	*0*

Wieviel Fleisch, Milch, Eier usw. lassen sich nun aus den eingeführten Futtermitteln erzeugen? Zur Beantwortung dieser Frage ist es zweckmäßig, die gesamten Futtermittel in zwei Gruppen zu teilen, je nachdem, ob sie vorwiegend milcherzeugend sind oder der Fleisch- und Eiererzeugung dienen. Zur ersten Gruppe sind der Einfachheit halber ausschließlich die Ölkuchen gerechnet worden, zur zweiten Gruppe dagegen sämtliche Getreidearten und die Kleie.

Der *Fleisch- und Eiererzeugung* dient die Einfuhr von 4,2 Mill. t Getreide und 2,4 Mill. t Kleie, zusammen also 6,6 Mill. t[1]) (Übersicht 3). Diese Mengen entsprechen, wenn man die Einfuhr an Hafer, Mais und Kleie dem Schlachtvieh, den Futterweizen und die Gerste dagegen der Eierproduktion zurechnet, einer Erzeugung von 1,18 Mill. t Schlachtvieh (Lebendgewicht) und 0,14 Mill. t Eiern (Übersicht 4). Dies bedeutet, daß genau die Hälfte der englischen Erzeugung an Fleisch und Eiern auf ausländischen Futtermitteln basiert.

Die Abhängigkeit der englischen Veredelungswirtschaft von ausländischen Futterzufuhren *Übersicht 4*

	Milch	Schlachtvieh Lebendgew.	Eier
Gesamte engl. Erzeugung	8,1 Mrd. l	2,34 Mill. t[2])	0,28 Mill. t
Eingeführte Futtermittel	1,8 Mill. t Ölkuchen	5,9 Mill. t Hafer, Mais und Kleie	0,7 Mill. t Futterweizen und Futtergerste
Desgl., umgerechnet in Veredelungsprodukte	5,4 Mrd. l Milch	1,18 Mill. t Schlachtvieh	0,14 Mill. t Eier
Demnach „echte"[1]) engl. Erzeugung	2,7 Mrd. l Milch	1,16 Mill. t Schlachtvieh	0,14 Mill. t Eier
Desgl. in v. H. der ges. Erzeugung	33	50	50

[1]) Auf inländischer Futtergrundlage aufgebaute Veredelungsproduktion. — [2]) Schlachtrinder einschl. Schlachtkälber (1,17 Mill. t), Schweine (0,55 Mill. t), Schafe (0,50 Mill. t) sowie Geflügel (0,12 Mill. t); insgesamt also 2,34 Mill. t.

Noch weit ungünstiger liegen die Futterversorgungsverhältnisse bei der *Milch*. Nach den in der Praxis erprobten Fütterungsnormen entsprechen die eingeführten 1,8 Mill. t Ölkuchen etwa der dreifachen Menge an Milch, d. h. rd. 5,4 Mrd. l Milch. Da die gesamte Milcherzeugung 8,1 Mrd. l beträgt, werden also rd. zwei Drittel mit ausländischen Futtermitteln erzeugt.

Man kann noch auf eine zweite Art zu diesen Ergebnissen kommen, und zwar durch Aufstellung einer Gesamtfutterbilanz. Es ist jedoch zweckmäßig, diese zweite Methode auf die Fleisch- und Eierproduktion zu beschränken. In der Übersicht 5 ist die englische Produktion an den verschiedenen Fleischarten und an Eiern sowie das zu deren Erzeugung verwendete Futter angegeben. Dabei ist das Grundfutter und das Kraftfutter einheitlich auf Getreidewerte umgerechnet worden. Insgesamt sind danach zur Erzeugung von Fleisch und Eiern in England rd. 13,2 Mill. t Getreidewerte erforderlich. Hiervon werden nach Übersicht 3 rd. 6,6 Mill. t eingeführt, so daß aus inländischer Erzeugung gleichfalls 6,6 Mill. t oder 50 v. H. stammen. In Wirklichkeit dürfte die Auslandsabhängigkeit noch

[1]) Der Einfachheit halber ist hier die Kleie dem Getreide gleichgesetzt worden, d. h. die Kleie wurde dem Getreide zugezählt, obgleich sie nicht ganz so hochwertig wie das eigentliche Getreide ist. Dieser kleine Fehler konnte jedoch unbedenklich in Kauf genommen werden, da auf der anderen Seite noch mehrere eingeführte Futtermittel hier nicht berücksichtigt sind, so z. B. Reisabfälle, ferner Brauereiabfälle, die ebenfalls auf ausländischer Gerste basieren, u. a. m. Durch die einfache Addition von Getreide und Kleie wird die Rechnung wesentlich vereinfacht.

etwas mehr als die Hälfte betragen, da mehrere eingeführte Futtermittel (Reisabfälle, Brauereiabfälle usw.) nicht berücksichtigt wurden.

Die Deckung des Futterbedarfs in der englischen Veredelungswirtschaft
(Schematische Berechnung) *Übersicht 5*

Erzeugnis	Engl. Erzeugung	Hierzu verabreichtes Futter[1]) Grundfutter[2])	Kraftfutter	Futter insgesamt	Davon aus inländischer Erzeugung	
	1000 t	Mill. t			Mill. t	v. H.
Rind- und Kalbfleisch	645	3,3	2,6	5,9	—	—
Schaffleisch	259	1,7	0,8	2,5	—	—
Schweinefleisch[3])	432	—	2,8	2,8	—	—
Geflügelfleisch	72	0,1	0,5	0,6	—	—
Eier	274	0,2	1,2	1,4	—	—
Insgesamt	—	5,3	7,9	13,2	6,6	50

[1]) Alles umgerechnet in Kraftfutter-(Getreide-)werte. — [2]) Weidegras, Heu, Futterrüben und dgl. — [3]) Ohne Abzug aller Verarbeitungsverluste.

Die Folgen

Dieser geringe Grad der Selbstversorgung mit Futtermitteln muß bei einer nennenswerten Einschränkung der Futterzufuhren aus Übersee zwangsläufig zu einer starken *Abschlachtung der Bestände* führen. Eine solche Entwicklung ist bereits lange im Gange. Zahlreiche Klagen von englischen Farmern und Zuschriften an die Zeitungen zeigen, daß sich offenbar weite Kreise in England bisher noch keine Vorstellung von der überragenden Bedeutung der Futterzufuhren gemacht hatten. Wenn alle Futtermittelzufuhren ausblieben, so würde die englische Produktion an Fleisch, Milch und Eiern insgesamt um mehr als die Hälfte zurückgehen. Es rächt sich also jetzt außerordentlich, daß England jahrzehntelang seine heimischen Produktionsgrundlagen vernachlässigt und seine Viehbestände auf geliehener Futtergrundlage aufgebaut hat.

Diese Lage ist um so ungünstiger für England, als eine Steigerung der inländischen Futterproduktion, die an sich möglich wäre, z. B. durch Umpflügen von Grasland, in absehbarer Zeit, d. h. in den nächsten Jahren, kaum eine fühlbare Entlastung bringen kann. Denn hierfür fehlt es an gelernten Arbeitskräften, Maschinen und Geräten, Betriebskapitalien und nicht zum wenigsten an einer schlagkräftigen Organisation[1]).

Bereits in Friedenszeiten vermochte die englische Veredelungswirtschaft, trotz der riesigen Futtermittelzufuhren aus dem Ausland, nur ein Drittel bis zur Hälfte des Gesamtverbrauchs zu decken. Bei vollständigem Ausfall der Futtermittelzufuhren würde also die englische Landwirtschaft nur in der Lage sein, etwa ein Sechstel bis ein Viertel des normalen Friedensbedarfs an tierischen Veredelungsprodukten aus inländischer Erzeugung bereitzustellen. Am größten war bisher der Grad der Auslandsabhängigkeit hinsichtlich der Versorgung der Bevölkerung mit Milch und Molkereierzeugnissen. Rechnet man den Gesamtverbrauch an Butter, Käse und Trinkmilch auf Milch um, so ergibt sich, daß nur rd. 30 v. H. des Gesamtverbrauchs aus inländischer Erzeugung stammen (Übersicht 6). Bei einem Ausbleiben der

Die geringe Bedeutung der englischen Viehwirtschaft für die Versorgung der Bevölkerung mit tierischen Nahrungsmitteln *Übersicht 6*

Erzeugnis	Inländ. Erzeugung	Einfuhrüberschuß	Gesamtverbrauch	Inlandsanteil
	1 000 t			v. H.
Fleisch				
Schweinefleisch[1])	375	458	833	45
Rind- u. Kalbfleisch	645	845	1 490	43
Schaffleisch	259	363	622	42
Geflügelfleisch	72	23	95	76
Anderes Fleisch[2])	175	17	192	91
Gesamtversorgung				
a) scheinbar[3])	1 526	1 706	3 232	47
b) tatsächlich[4])	763	2 469	3 232	24
Schlachtfette				
Talg u. dgl.	20	15	35	57
Schmalz	44	72	116	38
Gesamtversorgung				
a) scheinbar[3])	64	87	151	42
b) tatsächlich[4])	32	119	151	21
Eier				
Gesamtversorgung				
a) scheinbar[3])	274	232	506	54
b) tatsächlich[4])	137	369	506	27
Milch- und Molkereierzeugnisse				
Trinkmilch	4 900	300	5 200	94
Butter	50	485	535	9
Käse	45	143	188	24
Gesamtversorgung[5])				
„scheinbar"[3])	6 750	15 310	22 060	30
tatsächlich[4])	etwa 3 375	18 685	22 060	15

[1]) Einschl. Speck (bacon) und Schinken. — [2]) Wild, Kaninchen u. a. — [3]) Scheinbar, d. h. ohne Abzug des auf ausländ. Futtermittel entfallenden Anteils an der englischen Erzeugung. — [4]) Tatsächlich, d. h. nach Abzug des auf ausländ. Futtermittel entfallenden Anteils an der englischen Erzeugung. Die Berechnung der „echten" inländischen Erzeugung erfolgte schematisch durch Halbierung der Normalproduktion (vgl. Text). — [5]) Alles umgerechnet auf Milch.

Kraftfuttermittelzufuhren aus dem Ausland würde der Inlandsanteil auf 15 v. H. sinken. Bei Fleisch und Eiern ist die Lage kaum günstiger. Von diesen Produkten wird in Friedenszeiten etwa die Hälfte im Inland erzeugt, wobei ebenfalls zu bedenken ist, daß diese Erzeugung wieder nur zu 50 v. H. als „echte" Inlandserzeugung anzusehen ist.

Im Gegensatz zu dieser Lage in England kann in Deutschland dank der in der Erzeugungsschlacht bewußt geförderten betriebseigenen Futtererzeugung die Veredelungsproduktion in den gewohnten Bahnen weiter laufen.

[1]) Ausführliche Angaben hierüber vgl.: *Dr. Hans v. d. Decken*, „Die englische Ernährungslage im Frieden und im Kriege", Verlag Junker und Dünnhaupt, Berlin 1940.

Anschrift des Herausgebers: Berlin-Charlottenburg 2, Fasanenstr. 6; Fernruf 318071. — Verlag: Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg 36, Ausgabe — Versandort: Berlin. — Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Wilhelm Bauer Berlin. — Bezugspreis für den Jahrgang (einschl. Zustellung im Inland) RM 30.— bezw. (bei vierteljährlicher Zahlung) RM 7.75 je Vierteljahr, Einzelnummer RM 1.—. — Gedruckt in der Märkischen Druckanstalt W. Hentschel K.-G., Berlin N 65

— Diese Doppelnummer umfaßt zehn Textseiten und zwei Zahlenbeilagen —

Gegenstand	Einheit	Vorjahr								Gegenwart							
		23.-28. Jan. 1939	30. Jan. bis 4. Febr. 1939	6.-11. Febr. 1939	13.-18. Febr. 1939	20.-25. Febr. 1939	27. Febr. bis 4. März 1939	6.-11. März 1939	13.-18. März 1939	22.-27. Jan. 1940	29. Jan. bis 3. Febr. 1940	5.-10. Febr. 1940	12.-17. Febr. 1940	19.-24. Febr. 1940	26. Febr. bis 2. März 1940	4.-9. März 1940	11.-16. März 1940
Woche:		4	5	6	7	8	9	10	11	4	5	6	7	8	9	10	11
Geschäftsgang (Indexziffer)																	
Deutschland[1])	1936=100	126,7	128,8	128,2	128,3	127,5	127,0	125,7	125,0	.	.	.	.	.	.	.	.
Großbritannien[2])	,,	*98,6*	*98,7*	*99,7*	*99,7*	*100,2*	*101,2*	*101,4*	*102,1*	.	.	.	.	.	.	.	.
Ver. Staaten von Amerika[3])	,,	*93,2*	*91,3*	*90,3*	*89,8*	*88,9*	*90,4*	*90,4*	*89,6*	*104,1*	*102,5*	*99,6*	*99,8*	*97,1*	*97,7*	.	.
Produktion, arbeitstäglich																	
Steinkohle im Ruhrrevier	1 000 t	425,0	421,6	422,3	420,7	411,2	417,3	419,5	419,4	.	.	.	.	.	.	.	.
— in Deutsch-Oberschlesien	,,	94,4	92,6	93,8	94,0	94,7	102,5	99,7	97,3	.	.	.	.	.	.	.	.
Kokserzeugung im Ruhrrevier	,,	95,5	97,6	96,6	96,6	95,9	97,1	96,0	96,2	.	.	.	.	.	.	.	.
Steinkohle, Großbritannien[4])	,,	*816,3*	*835,7*	*835,9*	*832,7*	*831,9*	*822,6*	*829,0*	*830,3*	.	.	.	.	.	.	.	.
Verkehr, arbeitstäglich																	
Wagenstellung der Reichsbahn†	1 000	160,1	158,1	159,0	161,8	160,0	163,7	162,9	160,0	.	.	.	.	.	.	.	.
Reichsbank																	
Kapitalanlagen	Mill. *RM*	7490	8102	7764	7727	7472	8370	8087	8084	11716	11950	11708	11583	11456	12401	12188	12170
darunter:																	
Wechsel- und Lombardkredite	,,	6638	7212	6806	6768	6524	7422	7122	7117	10836	11175	11067	10980	10893	11862	11695	11662
Deckungsfähige Wertpapiere	,,	554	502	671	671	660	660	667	677	488	374	252	208	180	172	106	120
Depositen (täglich fällige Verbindlichkeiten)	,,	1003	1119	1064	1029	1085	1105	1027	964	1770	1628	1544	1717	1553	1559	1589	1554
Zahlungsverkehr																	
Geldumlauf	Mill. *RM*	9200	9937	9651	9402	9307	10081	9870	9676	.	.	.	.	.	.	.	.
davon Reichsbanknoten	,,	7166	7816	7549	7335	7249	7939	7737	7574	10800	11505	11343	11230	11110	11877	11724	11556
Postscheckverkehr[4]) °)	,,	1994	1970	2005	1997	2011	2318	2176	2099	2372	2492	2427	2391	2269	2741	2448	.
Postscheckguthaben (Bestände) °)	,,	922	965	936	922	981	1009	989	903	1544	1462	1435	1412	1548	1446	1530	.
Zinssätze																	
Blankotagesgeld	% p. a.	2,40	2,75	2,44	2,56	2,38	2,83	2,60	2,85	1,96	2,21	2,13	2,17	1,83	2,17	1,98	2,29
Rendite der 4½%-Pfandbriefe	,,	4,54	4,54	4,54	4,54	4,54	4,54	4,54	4,54	4,54	4,54	4,51	4,50	4,50	4,50	4,50	4,50
Call money New York	,,	*1,00*	*1,00*	*1,00*	*1,00*	*1,00*	*1,00*	*1,00*	*1,00*	*1,00*	*1,00*	*1,00*	*1,00*	*1,00*	*1,00*	*1,00*	*1,00*
Privatdiskont London	,,	*0,53*	*0,53*	*0,53*	*0,53*	*0,53*	*0,53*	*0,53*	*0,53*	*1,06*	*1,06*	*1,05*	*1,05*	*1,05*	*1,05*	*1,05*	*1,05*
Zürich	,,	*1,00*	*1,00*	*1,00*	*1,00*	*1,00*	*1,00*	*1,00*	*1,00*	*1,25*	*1,25*	*1,25*	*1,25*	*1,25*	*1,25*	*1,25*	*1,25*
Amsterdam	,,	*0,13*	*0,13*	*0,13*	*0,13*	*0,13*	*0,13*	*0,13*	*0,13*	*1,73*	*1,60*	*1,50*	*1,50*	*1,73*	*1,69*	*1,63*	*1,45*
Effektenmarkt																	
Festverz. 4½%-Wertpapiere Kursniveau, gesamt[6])	v. H.	98,99	98,99	98.99	98,98	98,98	98,98	98,99	98,98	99,09	99,10	99,55	99,70	99,78	99,80	99,84	99,87
—, Pfandbriefe	,,	99,17	99,17	99.16	99,15	99,15	99,15	99,15	99,14	99,23	99,24	99,83	100,00	100,03	100,03	100,03	100,03
—, Kommunal-Obligationen	,,	98,82	98,82	98,80	98,79	98,79	98,79	98,79	98,79	98,85	98,87	99,10	99,17	99,23	99,28	99,35	99,48
—, Öffentliche Anleihen[7])	,,	98,27	98,28	98,33	98,32	98,34	98,34	98,40	98,39	98,68	98,71	98,74	98,87	99,26	99,36	99,59	99,66
5% Industrie-Obligationen	,,	101,04	100.99	100,95	100,73	100,78	100,66	100,45	100,42	100,27	100,01	100,10	100,26	100,24	100,30	100,35	100,38
Aktienindex, gesamt	1924/26 = 100	104,8	104,9	105,1	104,9	104,6	103,9	103,3	102,9	110,7	111,4	111,6	112,6	113,0	113,6	115,1	116,3
—, Bergbau und Schwerindustrie	,,	108,7	108,9	109,3	108,6	108,0	107,1	106,6	106,2	120,5	121,3	121,3	122,4	122,8	123,2	124,4	125,6
—, Verarbeitende Industrie	,,	99,7	100,0	100,3	100,3	100,0	99,4	98,8	98,4	105,0	105,7	106,0	107,0	107,5	108,3	110,0	111,3
—, Handel und Verkehr	,,	110,1	109,9	109,7	109,7	109,4	108,7	108,1	107,8	111,7	112,1	112,6	113,5	113,7	114,1	115,6	116,8
Aktienindex, Großbritannien[2])	*1926=100*	*91,5*	*97,9*	*98,7*	*100,3*	*102,3*	*104,3*	*104,7*	*100,0*	*96,3*	*95,6*	*96,5*	*96,7*	*100,1*	*101,6*	*100,1*	.
—, *Ver. Staaten von Amerika[3])*	,,	*87,4*	*89,0*	*91,1*	*90,5*	*89,6*	*92,5*	*95,0*	*89,9*	*91,1*	*90,4*	*91,3*	*91,9*	*92,2*	*91,1*	.	.
Devisenkurse in Berlin																	
New York	*RM* je $	2,4927	2,4930	2,4930	2,4930	2,4930	2,4930	2,4930	2,4930	2,4930	2,4930	2,4930	2,4930	2,4930	2,4930	2,4930	2,4930
London	*RM* je £	11,66	11,66	11,68	11,68	11,69	11,69	11,69	11,68	9,88	9,90	9,90	9,88	9,85	9,83	9,76	9,70
Paris	*RM* je 100 fr	6,58	6,59	6,60	6,60	6,60	6,61	6,61	6,63	5,59	5,61	5,61	5,59	5,58	5,57	5,53	5,50
Warenpreise																	
Indexziffern																	
Reagible Waren[8])	1913=100	73,4	73,5	73,7	73,5	73,5	73,5	73,5	73,9	.	.	.	.	.	.	.	.
Großhandelspreise (gesamt)	,,	106,6	106,5	106,5	106,5	106,5	106,6	106,6	106,7	.	.	.	*) 108,4	.	.	.	.
Agrarstoffe	,,	108,0	107,6	107,6	107,6	107,7	108,0	108,1	108,1	.	.	.	*) 108,1	.	.	.	.
Industr. Rohstoffe u. Halbwaren	,,	94,4	94,3	94,4	94,4	94,4	94,4	94,4	94,5	.	.	.	*) 98,2	.	.	.	.
Fertigwaren	,,	125,5	125,6	125,5	125,5	125,5	125,5	125,5	125,8	.	.	.	*) 127,2	.	.	.	.
darunter: Produktionsgüter	,,	112,8	112,8	112,8	112,9	112,9	112,9	112,9	112,9	.	.	.	*) 112,8	.	.	.	.
Verbrauchsgüter	,,	135,1	135,2	135,1	135,1	135,1	135,1	135,1	135,5	.	.	.	*) 138,1	.	.	.	.
Großhandelsindex																	
Ver. St. v. Amerika (Fisher)	*1926=100*	*79,8*	*79,8*	*79,5*	*79,7*	*80,0*	*80,3*	*89,2*	*79,9*	.	.	.	.	.	.	.	.
Großbritannien[2])	*1913=100*	*100,6*	*100,7*	*100,5*	*100,3*	*100,4*	*100,5*	*100,9*	*100,7*	.	.	.	.	.	.	.	.
Großhandelspreise	*RM*																
Roggen, märk., frei Berlin	je 1000 kg	193,0	196,0	196,0	196,0	196,0	198,0	198,0	198,0	.	.	.	.	.	.	.	.
Rinder, Lebendgewicht, Berlin	je 50 kg	43,8	42,8	42,8	42,8	42,8	42,8	42,8	42,8	.	.	.	.	.	.	.	.
Rindshäute, südam.[10]), Hamburg	je ½ kg	0,32	0,32	0,32	0,32	0,32	0,32	0,32	0,33	.	.	.	.	.	.	.	.
Maschinengußbruch, Düsseldorf[11])	je t	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0	.	.	.	.	.	.	.	.
Rohstoffpreise an den Weltmärkten[12])																	
Rohstoffpreise, gesamt[16])	1929=100	56,8	56,8	56,8	56,8	57,0	57,4	58,0	57,3	69,5	69,1	69,0	68,8	68,8	68,9	68,9	68,5
9 Nahrungsmittel[13])	,,	58,1	58,1	57,6	57,6	57,9	57,8	58,3	57,1	65,6	64,8	64,5	64,4	64,3	64,1	64,1	63,6
6 landw. erzeugte Rohstoffe[13])	,,	53,5	53,5	53,0	53,1	53,4	54,8	55,2	54,9	71,8	72,2	72,7	72,6	72,4	72,5	72,6	72,1
5 industr. erzeugte Rohstoffe[13])	,,	59,0	59,2	60,8	60,6	60,5	60,6	61,7	61,7	68,9	68,6	68,2	68,3	68,7	69,3	69,4	70,2
Weizen, Winnipeg	cts. je bush.	63,2	62,9	62,2	62,7	62,7	62,3	61,3	60,1	86,3	84,4	85,4	86,5	89,4	88,9	89,4	88,3
Kaffee, New York, Sant. IV loko	cents je lb	7,75	7,75	7,75	7,75	7,75	7,75	7,75	7,56	7,44	7,38	7,38	7,38	7,38	7,38	7,38	7,38
Zucker, New York, Zentrifugal, erstn. Monat	,,	1,85	1,80	1.80	1,78	1,81	1,82	1,80	1,85	1,88	1,87	1,86	1,85	1,89	1,87	1,86	1,85
Mais, Buenos Aires, erstn. Monat	Pap. Pes. je 100 kg	7,22	7,04	6,74	6,54	6,93	6,98	7,21	7,11	5,89	5,64	5,50	5,12	4,76	4,88	4,75	4,75
Reis, Burma, fob Rangoon	s.d je cwt	5·0½	4·11¾	5·3	5·2¾	5·3½	5·4¼	5·6½	5·5¼	7·3	7·3	7·0	7·0	6·10½	6·10½	6·9	6·10½
Baumwolle, New York, am. middl.	cents je lb	9,00	9,00	9,01	8,98	8,90	9,08	9,14	9,06	10,79	10,85	11,05	11,08	11,21	11,17	11,10	10,93
Wolle, Kreuzzug 50', Bradford, loko	d je lb	16,00	16,00	16,00	16,00	16,25	16,25	16,25	16,25	.	.	.	.	.	.	.	.
Seide, New York, Jap. 13/14 Dernier	cents je lb	188	185	197	199	206	211	215	208	310	290	311	310	271	.	.	.
Kautschuk, New York, sheets, loko	,,	15,41	15,68	15,38	16,03	16,25	16,65	16,62	16,22	18,65	18,75	19,00	19,06	18,69	18,34	18,62	18,50
Kupfer, New York, electrolyt, f.a.s.	cents je lb	9,85	9,98	9,93	9,77	9,75	9,80	9,95	9,95	11,71	11,61	11,44	11,45	11,75	11,68	11,65	11,63
Blei, New York, loko	,,	4,75	4,85	4,85	4,80	4,75	4,75	4,80	4,85	5,50	5,25	5,13	5,00	5,00	5,13	5,25	5,25
Zink, New York, loko	,,	4,50	4,50	4,50	4,50	4,50	4,50	4,50	4,50	5,50	5,50	5,50	5,50	5,50	5,74	5,75	5,75
Zinn, New York, loko	,,	46,05	46,15	45,63	45,41	45,45	46,00	46,20	45,95	45,31	45,50	45,12	45,56	45,94	47,75	47,69	48,00
Petroleum, U.S.A., ab Bohrloch, 33—33,90°, Midd. continent	cents je barrel	96	96	96	96	96	96	96	96	82	82	82	82	82	82	82	82

[1]) Saisonbereinigt, bewegl. Durchschnitte aus je 8 Wochen. — [2]) The Financial Times. — [3]) New York Times. — [4]) Förderkohle. — [5]) Mittelwert aus Gutschriften und Lastschriften. — [6]) Ohne Reichsanleihen und ohne Industrieobligationen. — [7]) Ohne Reichsanleihen. — [8]) 419 Aktien, Standard Statistics Comp. — [9]) Maschinengußbruch, Schrott, Messingblechabfälle, Blei, Schnittholz, Wolle, Hanf, Flachs, Ochsähäute, Kalbfelle. — [10]) Buenos Aires; getrocknet. — [11]) Werkseinkaufspreise. — [12]) Jeweils Durchschnitt aus den Notierungen am Dienstag und Freitag der Woche; bei Tee, Fleisch, Butter, Reis, Wolle, Seide, Häuten und Petroleum jeweils Wochendurchschnitt. — [13]) Auf Basis des jeweiligen Durchschnittsstandes von etwa 50 wichtigsten Währungen; ab Sept. 1939 Neuberechnung, z. T. auf Grund anderer Notierungen als früher, mit alter Berechnung verkettet. — †) Seit Januar 1939 einschl. Ostmark und Sudetenland. — °) Einschl. Ostmark, Sudetenland und (seit Januar 1940) Danzig. — * Monatsdurchschnitt.

Gegenstand	Einheit	Vorjahr												Gegenwart											
		24.–30. Jan. 1939	31. Jan. bis 6. Febr. 1939	7.–13. Febr. 1939	14.–20. Febr. 1939	21.–27. Febr. 1939	28. Febr. bis 6. März 1939	7.–13. März 1939	14.–20. März 1939	21.–27. März 1939	28. März bis 3. April 1939	4.–10. April 1939	11.–17. April 1939	24.–30. Jan. 1940	31. Jan. bis 6. Febr. 1940	7.–13. Febr. 1940	14.–20. Febr. 1940	21.–27. Febr. 1940	28. Febr. bis 6. März 1940	7.–13. März 1940	14.–20. März 1940	21.–27. März 1940	28. März bis 3. April 1940	4.–10. April 1940	11.–16. April 1940
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Beschäftigung (Lebensstand)																									
Gesamtbevölkerung	Mio	132,7	132,9	133,0	133,1	133,2	133,3	133,4	133,5	133,6	133,7	133,8	133,9	134,0	134,1	134,2	134,3	134,4	134,5	134,6	134,7	134,8	134,9	135,0	135,1
Gesamtbevölkerung	1000	132	132	133	133	133	133	133	133	133	133	133	133	134	134	134	134	134	134	134	134	134	134	135	135
Wohnbevölkerung	1000	132	132	133	133	133	133	133	133	133	133	133	133	134	134	134	134	134	134	134	134	134	134	135	135
Erwerbstätigkeit																									
Erwerbstätige insgesamt	1000	19,7	19,7	19,7	19,7	19,7	19,7	19,7	19,7	19,7	19,7	19,7	19,7	19,7	19,7	19,7	19,7	19,7	19,7	19,7	19,7	19,7	19,7	19,7	19,7
Erwerbstätige insgesamt	%	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Gegenstand	Einheit[1])		1938 Dez.	1939 Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	1940 Jan.	Febr.
Anzahl der Werktage:			26	26	24	27	22	24	26	26	27	26	26	26	24	25	25
Kreditsicherheit																	
Wechselproteste[2])	Anzahl in 1 000	S	34,1	28,7	26,5	28,6	28,2	27,6	27,6	24,8	.	.	.	.	.	.	.
	1 000 RM	..	5502	4292	3928	4213	4146	3963	4191	3725	.	.	.	.	.	.	.
Vergleichsverfahren[3])	Anzahl	VS	50	.	.	65	.	.	41	.	.	26	.	.	.	.	.
Konkursanträge[4])	,,	,,	845	.	.	830	.	.	659	.	.	507	.	.	.	.	.
davon mangels Masse abgelehnt	,,	,,	*387*	.	.	*395*	.	.	*316*	.	.	*261*	.	.	.	.	.
Eröffnete Konkurse[5])	,,	,,	476	.	.	426	.	.	338	.	.	269	.	.	.	.	.
Reichsbank																	
Gold- und Devisenbestand	Mill. RM	E	76	76	76	77	77	77	77	77	77	77	77	77	78	77	77
Kapitalanlagen	,,	,,	9143	8102	8370	9207	8925	8793	9411	9711	11640	11844	11199	11546	12619	11950	12401
darunter Wechselkredite[6])	,,	,,	*8244*	*7160*	*7361*	*8180*	*7726*	*7547*	*8159*	*8461*	*10272*	*10105*	*9358*	*10148*	*11392*	*11143*	*11825*
,, *Lombardforderungen*	,,	,,	*45*	*52*	*60*	*58*	*55*	*40*	*48*	*36*	*60*	*24*	*35*	*36*	*30*	*33*	*37*
,, *Deckungsfähige Wertpapiere*	,,	,,	*557*	*592*	*660*	*677*	*668*	*922*	*930*	*925*	*1013*	*1324*	*1440*	*997*	*804*	*374*	*172*
Depositen (tägl. fäll. Verbdlk.)	,,	,,	1527	1119	1105	1249	1122	1292	1281	1294	1480	1602	1520	1574	2018	1628	1559
Notenumlauf	,,	,,	8223	7816	7939	8311	8519	8525	8731	8989	10907	10995	10820	10974	11798	11505	11877
Geldumlauf insgesamt	Mill. RM	E	10404	9937	10081	10497	10740	10742	10953	11229	13223	.	.	.	.	.	.
Acht große Banken																	
Sonstige Gläubiger[8])	Mill. RM	E	.	7296	7468	7555	7827	8013	7843	7844	.	.	.	.	.	.	.
Schuldner (ohne Bankendebitoren)	,,	,,	.	3498	3605	3661	3589	3573	3792	3879	.	.	.	.	.	.	.
Wechselbestand	,,	,,	.	4141	4099	4128	4621	4775	4357	4298	.	.	.	.	.	.	.
Wertpapiere	,,	,,	.	1092	1066	1037	1003	993	1001	1002	.	.	.	.	.	.	.
Barliquidität	in v. H. der Verpflichtung	,,	.	2,02	1,86	2,03	1,92	2,39	1,93	2,03	.	.	.	.	.	.	.
Liquidität zweiten Grades		,,	.	47,83	45,88	46,53	49,60	48,58	46,65	46,98	.	.	.	.	.	.	.
Reichsfinanzen																	
Steuereinnahmen[7])	Mill. RM	VS	4718	.	.	4691	.	.	5221	.	.	6179	.	.	6335	.	.
Reichsschuld (ohne Neubesitz)	,,	E	27181	28110	29537	30676	31891	32580	32845	32833	34131	35550	37154	39180	.	.	.
Sparkassen[9])																	
Stand der Spareinlagen	Mill. RM	E	17687	18192	18428	18565	18668	.	18860	.	.	.	.	.	.	.	.
Einzahlungsüberschuß	,,	,,	73,6	273,6	175,2	104,3	.	.	[27])251,4	.	.	.	.	.	.	.	.
Giroeinlagen[9])	,,	,,	2878	2984	3241	3152	3222	.	3232	.	.	.	.	.	.	.	.
Emissionen																	
Aktien (Kurswert)[10])	Mill. RM	S	19	14	20	59	9	147	27	287	.	.	.	.	.	.	.
Festverzinsl. Wertpapiere (nom.)×	,,	,,	1276	748	366	348	65	962	1710	.	.	.	.	.	.	.	.
Bodenkreditinstitute (Neugeschäft)																	
Inlandsumlauf an:																	
Goldpfandbriefen[11])	Mill. RM	E	°) 7748	7803	7836	7912	7970	8065	8105	8126	.	.	.	.	.	.	.
Goldkommunalobligationen[12])	,,	,,	°) 1873	1878	1878	1878	1882	1883	1883	1883	.	.	.	.	.	.	.
Monatliche Veränderung[13]) durch Nettoverkäufe usw. (+) od. Nettorückkäufe, Tilgungen usw. (—)	,,	,,	°) −21,6	+59,6	+34,9	+75,8	+62,0	+95,6	+40,1	+21,6	.	.	.	.	.	.	.
Monatl. Veränderung in der Gruppe „Gekündigte u. ausgeloste, noch nicht eingelöste Pfandbriefe u. Kom.-Obl."	,,	,,	°) +9,8	−10,4	+ 5,6	− 4,9	+ 1,8	− 3,6	+ 2,4	−5,1	.	.	.	.	.	.	.
Hypotheken (Bestand)	,,	,,	°) 10376	10401	10438	10479	10493	10520	10564	10619	.	.	.	.	.	.	.
Kommunaldarlehen[14]) (Bestand)	,,	,,	°) 5522	5509	5511	5488	5459	5472	5463	5423	.	.	.	.	.	.	.
Zinssätze																	
Reichsbankdiskont	% p. a.	.	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4
Debetzinsen[15])[16])	,,	.	6,50	6,50	6,50	6,50	6,50	6,50	6,50	6,50	6,50	6,50	6,50	6,50	6,50	6,50	6,50
Kreditzinsen[16])[17])	,,	.	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Blankotagesgeld	,,	D	2,89	2,46	2,53	2,70	2,42	2,46	2,69	2,65	2,51	2,51	2,23	2,19	2,39	2,03	2,08
Privatdiskont	,,	,,	2,88	2,88	2,88	2,88	2,88	2,76	2,75	2,75	2,75	2,75	2,75	2,65	2,63	2,50	2,50
Warenwechsel mit Bankgiro[18])	,,	,,	3,32	3,26	3,22	3,26	3,31	3,22	3,30	3,24	3,30	3,65	3,58	3,30	3,18	3,02	3,05
Spareinlagen, normale	,,	,,	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00
—, m. 1jähr. Kündigungsfrist	,,	,,	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00
Rendite der 4½% Pfandbriefe	,,	,,	4,53	4,54	4,54	4,54	4,54	4,54	4,54	4,54	4,54	4,54	4,54	4,54	4,54	4,54	4,51
Aktienrendite[19])	,,	,,	5,00	4,93	5,01	5,11	5,14	5,24	5,27	5,19	5,07	5,18	5,20	5,00	4,91	4,79	.
Aktienindex																	
Gesamt	1924/26 = 100	D	103,1	103,9	104,8	102,9	103,5	102,6	100,8	100,0	101,6	101,1	100,6	103,0	106,6	110,1	112,4
Bergbau und Schwerindustrie	,,	,,	105,5	106,9	108,6	106,2	106,8	105,9	103,9	103,6	104,5	107,5	107,6	111,2	115,6	119,5	122,2
Verarbeitende Industrie	,,	,,	98,3	99,0	100,1	98,4	99,4	98,8	96,9	95,9	98,0	96,5	95,6	97,7	101,3	104,4	106,9
Handel und Verkehr	,,	,,	109,1	109,4	109,6	107,8	107,6	106,2	104,8	103,9	105,2	103,8	102,8	104,7	107,7	111,2	113,2
Rentenkurse (4½% Werte)																	
Kursniveau, gesamt[20])	v. H.	D	99,21	99,00	98,99	98,98	98,98	98,98	98,98	98,96	98,95	98,91	98,91	98,98	99,03	99,09	99,62
—, Pfandbriefe	,,	,,	99,44	99,17	99,16	99,14	99,15	99,14	99,15	99,14	99,14	99,15	99,17	99,20	99,21	99,23	99,88
—, Kommunal-Obligationen	,,	,,	99,07	98,84	98,80	98,78	98,77	98,74	98,74	98,74	98,71	98,66	98,69	98,75	98,77	98,83	99,15
—, Öffentl. Anleihen[21])	,,	,,	98,16	98,32	98,32	98,37	98,37	98,45	98,46	98,29	98,26	97,93	97,78	98,09	98,38	98,70	98,97
5% Industrie-Obligationen	,,	,,	100,21	101,14	100,84	100,42	100,54	100,12	99,72	99,48	98,62	97,36	99,30	99,39	99,29	99,92	100,19
Stundenlöhne[22])																	
Gesamtdurchschnitt[23])	1928 = 100	A	84,1	84,1	84,1	84,1	84,2	84,2	84,2	84,2	84,2	84,2	84,3	84,3	84,3	.	.
Männl. Facharbeiter	Rpf	,,	79,0	79,0	79,0	79,0	79,0	79,1	79,1	79,1	79,1	79,1	79,2	79,2	79,2	.	.
,, Hilfsarbeiter	,,	,,	62,6	62,6	62,6	62,6	62,7	62,8	62,9	62,9	62,9	62,9	62,9	62,9	62,9	.	.
Warenpreise (Indexziffern)																	
Reagible Waren[24])	1913 = 100	D	74,1	73,9	73,6	75,7	76,7	77,3	77,6	77,8	78,6	.	.	.	.	.	.
Großhandelspreise (gesamt)	,,	,,	106,3	106,5	106,5	106,6	106,4	106,5	106,8	107,0	107,1	106,9	107,1	107,4	107,6	108,2	108,4
Agrarstoffe	,,	,,	107,2	107,8	107,6	107,8	107,3	107,8	108,7	108,7	108,8	107,6	107,5	107,5	107,6	108,2	108,1
Industriestoffe[25])	,,	,,	106,4	106,4	106,4	106,6	106,7	106,4	106,5	106,7	107,0	.	.	.	.	.	.
Industr. Rohstoffe u. Halbwaren	,,	,,	94,3	94,3	94,4	94,5	94,5	94,2	94,2	94,6	94,9	95,3	96,0	96,7	96,9	97,8	98,2
darunter Textilien	,,	,,	*78,0*	*77,9*	*78,0*	*78,8*	*79,5*	*80,5*	*80,1*	*82,6*	*82,6*	.	.	.	.	.	.
,, *Baustoffe*	,,	,,	*121,7*	*122,2*	*122,2*	*122,2*	*122,3*	*122,3*	*122,6*	*122,6*	*122,7*	.	.	.	.	.	.
Industrielle Fertigwaren	,,	,,	125,6	125,5	125,5	125,7	125,9	125,8	125,8	125,9	126,0	126,1	126,2	126,4	126,5	126,9	127,2
darunter Produktionsgüter	,,	,,	*112,9*	*112,8*	*112,8*	*112,9*	*112,9*	*112,9*	*112,8*	*112,8*	*112,8*	*112,8*	*112,9*	*112,8*	*112,8*	*112,8*	*112,8*
,, *Verbrauchsgüter*	,,	,,	*135,1*	*135,0*	*135,0*	*135,4*	*135,7*	*135,5*	*135,6*	*135,8*	*136,1*	*136,2*	*136,3*	*136,7*	*137,0*	*137,5*	*138,1*
Gebundene Grundstoffpreise[26])	1928 = 100	,,	79,4	79,9	80,1	80,1	80,1	79,8	79,9	80,0	80,3	80,3	80,2	80,3	80,4	.	.
Lebenshaltungskosten																	
Gesamt	1913/14 = 100	D	125,3	125,8	125,7	126,0	125,9	126,1	126,5	127,3	127,3	125,7	125,8	126,1	126,4	127,0	127,2
Ernährung	,,	,,	121,3	122,0	121,9	122,5	122,2	122,6	123,6	124,9	124,9	121,7	121,7	122,2	122,8	123,5	123,7
Bekleidung	,,	,,	131,9	132,1	132,3	132,7	132,9	133,0	133,1	133,4	133,6	133,7	133,7	134,1	134,4	135,1	135,8
Wohnung	,,	,,	121,2	121,2	121,2	121,2	121,2	121,2	121,2	121,2	121,2	121,2	121,2	121,2	121,2	121,2	121,2
Heizung und Beleuchtung	,,	,,	125,6	125,6	125,6	125,6	125,3	124,1	122,9	123,1	123,3	124,2	125,3	125,4	125,4	125,5	125,4
Verschiedenes	,,	,,	142,1	142,1	142,1	141,9	142,0	141,9	141,9	142,0	142,0	142,0	142,0	142,1	142,2	142,7	143,1

[1]) A = Monatsanfang, D = Monatsdurchschnitt, E = Monatsende, S = Monatssumme, VS = Vierteljahrssumme. — [2]) Nach Ermittl. d. Stat. Reichsamts. — [3]) Nach dem Reichsanzeiger. — [4]) Nach den Zählkarten der Amtsgerichte; Zahl der eröffneten und der mangels Masse abgelehnten Verfahren. — [5]) Einschl. Reichsschatzwechsel. — [6]) Einschl. Spareinlagen. — [7]) Steuern, Zölle, Abgaben. — [8]) Einschl. Kommunalbanken; nach der Monatsstatistik der deutschen Spar- und Girokassen. — [9]) „Sonstige Gläubiger". — [10]) Ohne Sacheinlagen und Fusionen. — [11]) Neue Reihe; ohne Ablösungsschuldverschreibungen und Osthilfe-Entschuldungsbriefe. — [12]) Neue Reihe; ohne Schuldverschreibungen des Umschuldungsverbandes deutscher Gemeinden. — [13]) Ohne Agrarentschuldungspapiere und Gemeindeumschuldungsobligationen. — [14]) Einschl. Deckungsdarlehen gemäß Gemeindeumschuldungsgesetz. — [15]) Debetzinsen einschl. Kreditprovision. — [16]) Satz des Zentralen Kreditausschusses. — [17]) Kreditzinsen für täglich fälliges Geld in provisionsfreier Rechnung. — [18]) Satz der Seebandlung. — [19]) Rendite der an der Berliner Börse gehandelten Papiere. — [20]) Ohne Reichsanleihen sowie ohne Industrieobligationen. — [21]) Ohne Reichsanleihen. — [22]) Durchschnittliche tarifliche Sätze der höchsten tarifmäßigen Altersstufe. — [23]) Männliche und weibliche Facharbeiter, Angelernte und Hilfsarbeiter. — [24]) Maschinengußbruch, Schrott, Messingblechabfälle, Blei, Schnittholz, Wolle, Hanf, Flachs, Ochsähäute, Kalbfelle. — [25]) Rohstoffe und Fertigwaren zusammen. — [26]) Berechnung des I. f. K. — [27]) Seit Juni Vierteljahrssumme. — °) Seit Dezember 1938 einschl. Bodenkreditinstitute der Ostmark. — ×) Neue Berechnung der amtlichen Statistik; als Emissionen der Bodenkreditinstitute werden nicht mehr wie bisher die Bruttoverkäufe, sondern die Umlaufsveränderungen (Unterschied zw. Verkauf u. Rückkauf bzw. Tilgung) eingesetzt. Seit 1939 einschl. Ostmark.